

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. WP - 51. Sitzung

am Donnerstag, dem 8. Mai 2008, 14 Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Hans Müller (SPD)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Heiner Garg (FDP)

i. V. von Dr. Ekkehard Klug

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Hochbegabtenförderung	
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 16/1942	
2. Tragfähigkeit der Finanzen des Landes	
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1865	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ausbildungszentrumsgesetzes	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1937	
4. Eckpunkte zu den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen 2008	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1895 (neu) Buchstaben B und C	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD Umdruck 16/3116	
5. Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Berufsakademiegesezes (BAG)	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1935	
6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des ZVS-Gesetzes und zur Zustimmung zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1939	
7. Akteneinsicht bezüglich der Suspendierung und Wiedereinsetzung des Vorstandsvorsitzenden des UK S-H	
Antrag der Abg. Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdruck 16/3094	
8. Verschiedenes	

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Hochbegabtenförderung

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1942

(überwiesen am 24. April 2008 zur abschließenden Beratung)

- Verfahrensfragen -

Der Bildungsausschuss beschließt, zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU zur Hochbegabtenförderung, Drucksache 16/1942, am 5. Juni 2008 eine mündliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, spätestens bis zum 14. Mai 2008 Vorschläge für den Kreis der Anzuhörenden gegenüber dem Ausschussgeschäftsführer einzureichen, über die der Ausschuss in seiner nächsten Sitzung, am 15. Mai 2008, beschließen will.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Tragfähigkeit der Finanzen des Landes

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1865

(überwiesen am 23. April 2008 an den **Finanzausschuss**, den Sozialausschuss, den Bildungsausschuss, den Umwelt- und Agrarausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Einstimmig empfiehlt der Bildungsausschuss dem federführenden Finanzausschuss, dem Landtag Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung Drucksache 16/1865 zu empfehlen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ausbildungszentrumsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1937

(überwiesen am 25. April 2008 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Bildungsausschuss)

Hinsichtlich des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Änderung des Ausbildungszentrumsgesetzes, Drucksache 16/1937, schließt sich der Bildungsausschuss dem vom federführenden Innen- und Rechtsausschuss beschlossenen Verfahren einer schriftlichen Anhörung an.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Eckpunkte zu den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen 2008

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1895 (neu) Buchstaben B und C

(überwiesen am 28. Februar 2008 an den Bildungsausschuss)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD
Umdruck 16/3116

Abg. Birk bittet die Regierungsfractionen darum, die in Änderungsantrag Umdruck 16/3116 vorhandenen Abweichungen vom Antrag der Grünen in einzelnen Punkten näher zu erläutern.

Abg. Herbst führt aus, dass es einige Gemeinsamkeiten zwischen den Anträgen gebe. Man habe in einigen Fällen bewusst darauf verzichtet, bestimmte Themen aufzunehmen, zum Beispiel seien die Themen Medizin und Lehrerbildung ausgeklammert worden. Zum Thema Kapazitätsverordnung gebe es durchaus noch Diskussionsbedarf. Er regt an, diesen Punkt als eigenen Punkt auf die Tagesordnung einer der kommenden Sitzungen zu setzen, gegebenenfalls auch unter Berücksichtigung dessen, was in anderen Bundesländern zu diesem Thema gemacht werde. Im Hinblick auf die im grünen Antrag geforderte ministerielle Genehmigung führt Abg. Herbst aus, dass diese einer Gesetzesänderung bedürfe und nicht in diesen Antrag hineingehöre. Auch das Thema Studium und Berufstätigkeit beziehungsweise Studium mit Kindern könne als eigener Punkt in einer der nächsten Sitzungen aufgegriffen werden, gehöre jedoch ebenfalls nicht in die Zielvereinbarung. Das Thema Qualität und Evaluation sei in dem Antrag unter Punkt 5 kurz angerissen.

Abg. Weber erläutert die sieben Punkte des Änderungsantrages von CDU und SPD. Er begründet, dass einige Themen aufgrund verschiedener Ursachen nicht im Eckpunktepapier vorkämen. So sei eine Flexibilisierung bei der Bezahlung von Hochschullehrern noch nicht möglich, da die Hochschulen darauf noch nicht eingerichtet seien. Der Technologietransfer sei nicht in die Zielvereinbarungen aufgenommen worden, weil es noch ein Technologietransfergesetz geben solle. In den Hauptpunkten orientiere sich der Änderungsantrag von CDU und SPD jedoch an dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

M Austermann betont, dass man grundsätzlich nicht unterschiedlicher Meinung sei. Der von den Koalitionsfraktionen gestellte Antrag entspreche den Vorstellungen des Ministeriums. Es

gebe vier wichtige Punkte in den Vereinbarungen, eine stärkere Internationalisierung, stärkere Profilbildung, eine stärkere Ausrichtung an gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und den Technologietransfer.

Weiter führt M Austermann aus, man bemühe sich darum, im Rahmen des Doppelhaushalts 2009/2010 die Finanzen der Hochschulen um 5 % aufzustocken. Gespräche mit dem Finanzminister im Rahmen der Haushaltsaufstellung seien positiv verlaufen. Ein Teil des Geldes könne durch Umschichtungen aus dem Wirtschaftsministerium erfolgen, jedoch könnten auf diese Weise nicht die Defizite ausgeglichen werden, die seit vielen Jahren bestünden. Darüber hinaus müsse die Investition in die Hochschulen deutlich über die tarifvertraglich vorgesehenen Erhöhungen der Gehälter der Mitarbeiter hinausgehen. Der konstante Betrag, den es in den letzten Jahren gegeben habe, sei eindeutig zu wenig. Im Ranking schnitten die schleswig-holsteinischen öffentlich-rechtlichen Hochschulen gut ab, die privaten seien jedoch eindeutig besser.

Zu den Vorschlägen der Erichsen-Kommission führt M Austermann aus, diese seien zum Teil schon umgesetzt. So sei zum Beispiel ein Innovationsfonds beschlossen.

Darüber hinaus plädiert M Austermann dafür, bei den Beratungen zu berücksichtigen, dass die den Hochschulen zugebilligte Autonomie nicht durch zu detailreiche Regelungen in den Zielvereinbarungen konterkariert werden dürfe.

Zu der Abschaffung der Kapazitätsverordnung führt AL Dr. Hendriks, Leiter der Abteilung Wissenschaft im Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, aus, die grundgesetzliche Regelung in der Bundesrepublik Deutschland unterscheide sich von anderen EU-Ländern. Es müsse in Deutschland ein Mindestmaß an Zugangsregelungen geben. Man versuche jedoch durch das Hochschulzugangsgesetz den Hochschulen mehr Regelungsmöglichkeiten einzuräumen. Zur Frage akkreditierter Studiengänge legt AL Dr. Hendriks dar, diese sei mit Vorsicht zu genießen. Die verbliebenen Genehmigungsbefugnisse des Ministeriums erstreckten sich auf Strukturfragen. Grundsätzlich müsse man abwägen, ob jede Hochschule die mit Kosten verbundene Einrichtung neuer Studiengänge selbstständig vornehmen könne.

Zur Frage der Lehrbeteiligung von Forschungsinstituten erläutert AL Dr. Hendriks, dass viele Professoren insbesondere des Leibniz-Instituts ihr Lehrdeputat an den Hochschulen Kiel und Lübeck absolvierten. Bei den vom Bund finanzierten Lehrinstitutionen habe das Land nur geringe Einflussmöglichkeiten. Im Hinblick auf Evaluation und Qualitätssicherung werde das Ministerium eine Verordnung erlassen.

Auf eine Frage der Abg. Birk zum Zeitplan der Zielvereinbarungen legt M Austermann dar, man sei in Gesprächen, weitere wichtige Schritte seien jedoch die Kabinettsbefassung mit dem Haushalt im Juli, bei der man zu weiteren Konkretisierungen kommen könne, sowie der Jahreswechsel. Man hoffe, im November die Verhandlungen abschließen zu können.

Auf eine weitere Frage der Abg. Birk führt M Austermann aus, es gebe zwei wesentliche Einflussmöglichkeiten auf die Hochschulen nach dem Hochschulgesetz, diese bestünden einerseits in der Schaffung von Zielvereinbarungen und Eckpunkten und andererseits im Rahmen der Haushaltsberatungen. Im Haushalt würden die Wirtschaftspläne und die Rechnungslegung offengelegt, damit sei Transparenz gegeben. Ebenfalls könnten Informationen über die Rankings erfolgen.

Mit den Stimmen von CDU und SPD bei Enthaltung von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Eckpunkte zu den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen 2008“, Drucksache 16/1895 (neu), in der Fassung des von den Koalitionsfraktionen mit Umdruck 16/3116 vorgelegten Änderungsantrages anzunehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Berufsakademiegesetzes
(BAG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1935

(überwiesen am 25. April 2008)

Der Ausschuss bittet das Wissenschaftsministerium, ihm die Stellungnahmen der vom Ministerium durchgeführten Anhörung zur Verfügung zu stellen.

Auf eine Frage von Abg. Birk zu § 10 Abs. 2 des Gesetzentwurfs erwidert Herr von Unruh, bis auf die Bezeichnung der Funktion (statt bisher „Frauenbeauftragte“ künftig „Gleichstellungsbeauftragte“) sei der Gesetzestext an dieser Stelle nicht verändert worden. Das Ministerium gehe davon aus, dass analog zum Hochschulrecht in erster Linie bei kleinen Einrichtungen die Gleichstellungsbeauftragte eine nebenamtliche Position sei.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des ZVS-Gesetzes und zur Zustimmung zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1939

(überwiesen am 25. April 2008)

M Austermann weist darauf hin, dass die Gesetzesänderung in enger Abstimmung mit der Hochschulrektorenkonferenz und der ZVS zustande gekommen sei und die Hochschulen ein elementares Interesse an einer zügigen Verabschiedung des Gesetzentwurfs hätten. Man wolle ein neues Hochschulzulassungsgesetz erarbeiten, mit dem Kapazitätsrecht Neuland beschreiten und für eine Flexibilisierung zugunsten der Hochschulen sorgen.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf Drucksache 16/1939 unverändert anzunehmen. - Abg. Dr. Garg begründet seine Enthaltung mit der Forderung der FDP, die ZVS gänzlich abzuschaffen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Akteneinsicht bezüglich der Suspendierung und Wiedereinsetzung des
Vorstandsvorsitzenden des UK S-H**

Antrag der Abg. Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umdruck 16/3094

M Austermann sagt zu, entsprechend der Fragestellung innerhalb der nächsten drei Wochen die Akten zusammenzustellen und dem Ausschuss zur vertraulichen Einsichtnahme zur Verfügung zu stellen.

Die Vorsitzende stellt fest, dass das von Abg. Birk eingebrachte Aktenvorlagebegehren die Unterstützung des ganzen Bildungsausschusses findet.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Birk bittet das Bildungsministerium, dem Bildungsausschuss den **Erlassentwurf zur Förderung von Schülern mit besonderen Lese- und Rechtschreibschwächen** zuzuleiten und das Thema in der Ausschusssitzung am 5. Juni 2008 zu behandeln.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 15:00 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer